Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Ich hoffe das auch, wagte Marigny einzuwenden.

Sie hoffen? Herr! Wenn ich sage: ich fürchte, so habe ich meine guten Gründe. Verlangen Sie denn, daß Ihre Demoiselle Tochter ewig leben soll?

Das gerade nicht, gab Marigny lächelnd zurück, aber ich wäre schon zufrieden, wenn sie wenigstens wieder gesund würde —

Superb! Gesund würde! Bei einem solchen Fieber! Sie verlangen in der Tat viel, mein lieber Herr Marquis. Da kann ichs freilich Ihren Pariser Demokraten kaum verdenken, wenn sie mit Leuten Ihres Schlags kurzen Prozeß machen. Wieder gesund werden! Wirklich exzellent!

Man trat in das Krankenzimmer, und der Geheimderat untersuchte Marguerite mit einer Sorgfalt, die in der Tat Anerkennung verdiente. Aber je länger er klopfte, horchte und fühlte, desto mehr verfinsterten sich seine Züge. Madame Haßlacher, die während der Untersuchung kein Auge von ihm gewandt hatte, verließ unter einem ziemlich nichtigen Vorwande das Gemach.

Hier ist irgend etwas nicht in Ordnung, sagte der Leibmedikus nach längerm stummem Kopfschütteln. Die Krankheit nimmt keinen normalen Verlauf. Die Temperatur ist gesunken. Der Puls ist weniger intermittierend. Ich glaube sogar eine Zunahme der Kräfte konstatieren zu müssen. Wenn hier nur kein schwerer Diätfehler begangen worden ist!

Und als er sich dann nach einer Weile von Marigny verabschiedete, sagte er, als müsse er den Vater über die augenscheinlichen Anzeichen der beginnenden Genesung trösten: Es ist nur das letzte Aufflackern eines verlöschenden Lämpchens.

(Fortsetzung folgt)

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Makedonien ist jetzt in aller Munde. Freilich würden König Philipp und Alexander der Große zwar Gebirge und Flüsse des schönen Landes wiedererkennen, aber im Volke von der Art der alten Makedonier nichts mehr wiederfinden und über die heutige weite Ausdehnung des Namens vielleicht erstaunen. Denn die Grenzen der drei türkischen Statthalterschaften (Wilajets) Saloniki, Monastir und Kossowo, die man jetzt oft unter dem antiken Namen zusammenfaßt, umschließen einen wesentlich größern Raum als das alte Königreich, und die Bevölkerung ist aus Serben, Bulgaren, Albanesen, Rumänen, Griechen und Türken so bunt gemischt, wie kaum in einer andern türkischen Provinz. Augenblicklich schwebt nun auch über diesem Gebiete die Frage, ob es nicht auch den Weg fast aller andern Provinzen der europäischen Türkei gehen soll, der Verwandlung in einen ganz oder halb unabhängigen christlichen Staat, mindestens in eine autonome Provinz. Denn diesem Schicksal einer allmählichen Auflösung ist das osmanische Reich in Europa schon seit dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts unzweifelhaft verfallen. Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Slawonien, Serbien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Bosnien, Kreta haben sich auf diese Weise abgelöst, allerdings niemals ganz aus eigner Kraft, sondern immer unterstützt oder auch geradezu erobert von den interessierten Großmächten. Heute ist die unmittelbare Herrschaft des Sultans in Europa auf einen nicht so sehr breiten Ländergürtel vom Adriatischen bis zum Schwarzen Meere beschränkt, auf Albanien, Makedonien und Thrakien, und man kann erwarten, daß das zwanzigste Jahrhundert das Werk des neunzehnten fortsetzen wird.

Eine solche Rückbildung der osmanischen Machtentwicklung bedeutet allerdings noch keineswegs das Ende des Reichs. Es ist sehr wohl denkbar, daß es sich in

Asien behauptet und dabei etwa Thrakien mit Konstantinopel und die Herrschaft über die Meerengen, also die für die Weltpolitik entscheidenden Stellungen festhält. Auch das byzantinische Reich, dessen Erbschaft die Türken angetreten haben, hat nach dem Verluste Syriens, Ägyptens und Nordafrikas an die Araber noch acht Jahrhunderte bestanden und Zeiten energischer Kraftentfaltung erlebt, weil diese Provinzen der herrschenden griechischen Nationalität innerlich ebenso fremdartig gegenüberstanden, wie den Türken die überwiegend christlichen Provinzen in Europa. Was hier ihre Stellung noch unhaltbarer macht, als die der alten Byzantiner im entlegnen Osten und Süden, das sind nicht ihre Untugenden, in denen sie von den Byzantinern wahrscheinlich übertroffen wurden, sondern die Unmöglichkeit für sie, nach dem Koran, der ja für die Mohammedaner auch das weltliche Recht enthält, den Ungläubigen die Gleichberechtigung mit den herrschenden Anhängern des Islams zu geben, und die Unmöglichkeit für die christlichen Mächte Europas, einen solchen rechtlosen, unsrer Gesittung schroff widersprechenden Zustand weiter zu dulden. Die Byzantiner vertraten allen Völkern des Reichs gegenüber die höhere Zivilisation und entwickelten eine ungeheure Assimilationskraft, die wie ein Schmelztiegel wirkte; die Türken sind trotz alles äußern Schliffs ihrer leitenden Kreise Barbaren geblieben und sind auch niemals darauf ausgegangen, die Rajahvölker zum Islam hinüberzuziehn und sich zu assimilieren. Darin liegt ihr Verhängnis und vielleicht auch das Verhängnis der Balkanhalbinsel. Denn die sechs Nationalitäten sind hier so durcheinander geschoben, daß dieser in vieler Beziehung so bevorzugte Erdraum entweder in kleine machtlose Staaten zerfallen oder von einer herrschenden Rasse regiert werden muß, zu der nun wieder kein andres Volk außer den Türken das Zeug hat, und die haben es heute auch nicht mehr.

In Makedonien liegen nun die Verhältnisse schwieriger als irgendwo sonst. Es ist kein Außenland der europäischen Türkei, wie Serbien, Bulgarien, Bosnien oder Griechenland es waren, sondern sozusagen ihr Herzland. Verliert sie Makedonien, dann kann sie auch Albanien, ihre militärisch wertvollste europäische Provinz, nicht mehr halten, dann ist sie auf Thrakien und Konstantinopel beschränkt. In dieser Erkenntnis erzwangen ja eben die europäischen Großmächte eine Abänderung des Friedens von San Stefano (3. März 1878), der das östliche Makedonien dem neuen Fürstentum Bulgarien zuwies und es dadurch bis ans Ägäische Meer vorschob. Aber auch die Möglichkeit, aus Makedonien einen neuen christlichen Vasallenstaat zu machen, liegt kaum vor. Alle die modernen christlichen Staatenbildungen der Balkanhalbinsel beruhen auf einer geschlossenen Nationalität und umfassen nur wenige fremde Bestandteile; in Makedonien stehn alle sechs Nationalitäten nebeneinander, von denen keine an Zahl und Kultur so überlegen ist, daß sie die andern beherrschen könnte, und zu den christlich-orthodoxen Griechen, Rumänen und Slawen kommen mohammedanische Türken und Albanesen wie eine zahlreiche, einflußreiche, geldmächtige Judenschaft, namentlich in Saloniki, also auch die stärksten religiösen Gegensätze. Den anspruchsvollen Bulgaren würden sich die rührigen Griechen des Küstenlandes gutwillig niemals unterwerfen, und hinter ihnen steht die ganze hellenische Rasse, die viel mehr bedeutet als das kleine Königreich Hellas und sehr wohl weiß, daß an Makedonien die Zukunft des Hellenismus hängt. In der entschiednen Annäherung Griechenlands an die Türkei, wie sie sich jüngst vollzogen hat, kommt dieses Bewußtsein deutlich zum Ausdruck.

Auch insofern ist die Lösung der makedonischen Frage schwierig, als die Zahl der an ihr interessierten Großmächte gegen früher gewachsen, und die Wichtigkeit des Landes für Europa gestiegen ist. Seitdem eine große Bahnlinie Saloniki mit den Donauländern verbindet, wächst es zu einem Umschlagplatze empor, der für Mitteleuropa und seinen Verkehr mit der Levante, namentlich mit Ägypten und dem Suezkanal viel günstiger liegt als Brindisi und dieses bald überflügeln wird. Zu den Großmächten aber, die seit alter Zeit an der Balkanhalbinsel interessiert sind, Österreich, Rußland und England, ist als vierte jetzt Italien getreten, und

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

wenn Deutschland, wie ein viel zitiertes und mißbrauchtes Wort Bismarcks behauptet, keine direkten Interessen am Mittelmeer haben soll, so ist das immer nur von territorialen Interessen richtig gewesen, von den wirtschaftlichen Interessen verstanden niemals und weniger als jemals heute, wo deutsches Kapital und deutsche Arbeit in der ganzen Türkei massenhaft angelegt, und beiläufig die makedonischen Bahnen in deutschen Händen sind und in deutscher Sprache verwaltet werden (für die Beamten besteht sogar eine deutsche Schule in Saloniki).

Unsre deutsche Durchschnittspresse hat jetzt freilich viel zu viel mit dem Paragraphen 2 des Jesuitengesetzes und den Vorbereitungen zu den Reichstagswahlen zu tun, als daß sie sich um das, was „hinten weit in der Türkei" geschieht, genauer bekümmern könnte; sie bewegt sich aber auch sonst meist in den ausgefahrnen Geleisen einer längst überwundnen Politik, für die es nur europäische Fragen gab, und sie hat kein Auge oder wenigstens kein Wort dafür, daß England jetzt für den unvernünftigen Engländerhaß der deutschen Presse während des Burenkriegs mit der Erschwerung oder der Verhinderung der türkischen Zinsgarantie, ohne die der Bau der Bagdadbahn, eines doch wesentlich deutschen Unternehmens, unmöglich ist, pünktlich quittiert. Wo die Reichsregierung für ihre uns aufgedrungne Weltpolitik die Unterstützung der Presse und der öffentlichen Meinung braucht, da wird sie nach wie vor von beiden regelmäßig im Stich gelassen oder gar bekämpft.

Wenn das in Italien ganz anders ist, so liegt das natürlich auch an den geographischen Verhältnissen. Jedenfalls ist dort Regierung wie Parlament fest entschlossen, im Umkreis des Mittelmeers keine Gebietsveränderung zu dulden, ohne selbst daran Anteil zu nehmen. Das führt ein bemerkenswerter Aufsatz des Abgeordneten L. Bonin im ersten Aprilheft der Nuova Antologia (Intorno alle questioni balcaniche) mit besondrer Beziehung auf die makedonische Frage näher aus. Die Italiener haben es schwer empfunden, daß der Berliner Vertrag von 1878 an Österreich Bosnien und die Herzegowina überließ, Italien dagegen trotz seiner nahen geographischen und historischen Beziehungen zur Balkanhalbinsel, namentlich zu Albanien, leer ausging. Es hat seitdem die dortigen Fortschritte Österreichs, nicht des parlamentarischen, sondern des militärisch-absoluten und katholischen Österreichs, vor allem seine „bewunderungswürdige Verwaltung" in den okkupierten Provinzen mit Aufmerksamkeit und nicht ohne Eifersucht verfolgt, und es weiß ebensogut, daß Rußland außer dem Ruhme seiner zahlreichen Siege über das osmanische Reich und seiner Klientel von Kleinstaaten auch die mächtige Hilfe des orthodoxen Einflusses für sich hat. „Nichts ähnliches, sagt Bonin, steht uns im Orient zur Seite, nicht der Glanz alter Siege über den Islam, weil jetzt die ruhmvollen venezianischen Traditionen allzufern liegen, nicht die Grenznachbarschaft des Gebiets, nicht die religiösen Einflüsse, weil jeder weiß, daß aus Gründen, an die zu erinnern hier überflüssig wäre, der Einfluß des katholischen Klerus sich sicher nicht zu unsern Gunsten entfaltet. Wir haben also in den Balkanländern direkte Interessen, die denen der beiden Kaiserreiche nicht nachstehn, und wir sind in einer viel weniger günstigen Lage, sie zur Geltung zu bringen." Und doch könnte Italien unter gar keinen Umständen dulden, daß irgend eine europäische Großmacht von der türkischen Ostküste des Adriatischen Meeres Besitz ergriffe, das würde die Stellung Italiens an diesem Meere und die Sicherheit seiner eignen Küsten aufs äußerste gefährden, es wäre aber unvermeidlich mit jeder fremden Okkupation Makedoniens verbunden, die zugleich einen italienischen Lieblingsplan, die Herstellung einer Schienenverbindung zwischen Durazzo oder Avlona und Saloniki, durchkreuzen könnte.

Zum Glück sind heute die Interessen der Mächte im türkischen Orient nicht mehr so gespannt, wie etwa vor dreißig und mehr Jahren. Seitdem England tatsächlich Ägypten in Besitz genommen hat, hat es seine alte Position am Bosporus so ziemlich geräumt; der Gegensatz zu Rußland ist also an diesem Punkte

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nicht mehr in der frühern Schärfe vorhanden. Frankreich hat sein Augenmerk etwa seit derselben Zeit auf Afrika und jetzt vor allem auf Marokko gerichtet, und Rußlands wichtigste Interessen liegen jetzt im fernen Zentral- und Ostasien, dort ist also auch der wichtigste Schauplatz seines Konkurrenzkampfes mit England. Die Verhältnisse der europäischen Türkei haben also nicht mehr dieselbe Wichtigkeit für die europäische Politik wie früher; die allgemeine Erweiterung zur Weltpolitik hat sie in den Hintergrund gedrängt. Das zeigt sich besonders in dem heutigen Einvernehmen zwischen Österreich und Rußland über die Balkanhalbinsel, auf dem ihre augenblickliche Lage weit mehr beruht als auf den dortigen Kleinstaaten und ihren unruhigen Parteien.

So lange dieses unerschüttert bleibt — und die gemeinsamen Reformvorschläge beider Mächte in Konstantinopel zeigen es unerschüttert —, so lange ist der Ausbruch eines großen Brandes am Balkan nicht zu besorgen. Denn die militärische Macht der Türkei ist so überlegen, daß der Bandenkrieg wenig bedeutet, und daß kein Balkanstaat es wagen wird, ohne auswärtige Unterstützung mit ihr anzubinden. Die Aussicht auf wirkliche Durchführung der vorgeschlagnen Verwaltungsreformen in Makedonien ist also vorhanden, und die Bürgschaft dafür bietet die Oberherrschaft der Türken unter der Aufsicht der Großmächte immer noch eher als die irgend eines der dort hadernden Volksstämme.

Die Erhaltung eines verbesserten status quo ist also augenblicklich jeder andern, namentlich jeder gewaltsamen Lösung der makedonischen Frage vorzuziehn. Sie liegt ebenso im Interesse des Landes selbst, das dadurch mehr zu Kräften kommen kann, wie der rivalisierenden Großmächte. Dieser Ansicht ist auch L. Bonin. Die Rivalität zwischen Italien und Österreich besonders in Albanien stellt er gar nicht in Abrede, da beide mit Notwendigkeit darauf angewiesen sind, ihren Einfluß im türkischen Orient auszubreiten. Aber sollten ernsthafte Fragen zwischen beiden Mächten auftauchen, so hofft er auf friedliche Verständigung, weil beide Genossen des Dreibunds sind und dieser „die größte Stütze der auswärtigen Politik Italiens“ geworden ist.

„Österreich aber, fährt er fort, ist nicht mehr die erobernde und reaktionäre Macht“ wie einst. „Es ist jetzt eine Bürgschaft der Sicherheit für die Zukunft unsrer (der italienischen) Rasse geworden, unsre Vormauer gegen andre Rassen, die an Zahl und Expansionskraft viel mächtiger sind als unsre. Dieser aus verschiednen Nationalitäten gebildete Staat, die von der gemeinsamen Ergebenheit gegen eine Dynastie und einem gemeinsamen Gefühl militärischer Ehre zusammengehalten werden, erfüllt heute in Europa eine providentielle Aufgabe, die eines Pufferstaats zwischen den drei großen Rassen, die unser Festland einnehmen. Keinem Staate ist dieser Schutz heilsamer als dem unsrigen. Man bedenke, wie, das Verschwinden Österreichs vorausgesetzt, die Lage unsers Landes sein würde, das unmittelbar auf seiner nördlichen Grenze die Wucht des in einem einzigen Riesenstaat vereinigten Deutschtums aushalten müßte, und auf seiner Ostgrenze den Stoß des Slawentums, dieses Völkermeers, das mit seinen äußersten Wogen zugleich an unsre Alpen und an die Hochebnen Mittelasiens schlägt.“ Zwischen den drei Riesenmächten Rußland, Nordamerika und (in bescheidnerem Maßstabe) Deutschland sind schwächere Staaten wie Österreich und Italien aufeinander angewiesen, und dieses gemeinsame Interesse gebietet ihnen, „jede mögliche Unverträglichkeit ihrer Interessen abzuschwächen und in den Drohungen der Zukunft Gründe aufrichtigen Einverständnisses zu suchen.“

Dringt diese gewiß unbefangne und nüchterne Anschauung in Italien durch, dann wird dem Deutschen Reiche unter Umständen die Aufgabe der Vermittlung zwischen seinen beiden Bundesgenossen zufallen, und es wird sie um so eher übernehmen können, als sein eignes Interesse die Erhaltung und die Kräftigung der Türkei in ihrem beschränkten Umfange, vor allem in Asien verlangt, denn jeder Zerfall dieser Ländermasse würde die Gefahr eines großen Weltbrandes in sich schließen,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

also den friedlichen Tendenzen der deutschen Politik zuwider sein und eine weitere unerträgliche Vergrößerung der russischen und der englischen Weltmacht herbeiführen.

*

Über die Lage im Jangtsekiangtal meldete der Petersburger Korrespondent einer Berliner Tageszeitung vor einigen Wochen auf Grund des dem Fürsten Uchtomsky aus „Hankoi" zugegangnen Berichtes: „... Die sogenannte geheime Verbindung des »Ältesten Bruders« beginnt wieder zu arbeiten, und die neuen Vizekönige in Nanking und Ytschan sind zwar tätige Beamte, finden aber beim Volk wenig Autorität. Gefahrdrohend ist auch eine Verbindung »Gälao hoi«, deren Zentrum die Provinz Chunan ist ..."

Wo liegen nun die als „Hankoi" und „Ytschan" bezeichneten Orte?

Anstatt „Hankoi" findet man auf englischen Karten „Hankow," auf deutschen und auf der Karte des Russen Waeber „Hankou" an der Mündung des Han in den Jang-tse. Offenbar ist auch diese Stadt gemeint, denn sie ist der Hauptsitz der großen russischen Tee-Exportgeschäfte.

Für „Ytschan" könnte irrtümlich leicht „Itschang" — oberhalb Hankou — genommen werden, während „Wutschang" gemeint ist. Denn Wutschang ist die Residenz des Vizekönigs der beiden Hu-Provinzen, nämlich: Hu-pe und Hunan — dem „Chunan" des Korrespondenten.

Verbindung des „Ältesten Bruders" — soll wohl heißen des „Ältern" Bruders, das ist Ko-lao-hwei, anstatt dessen der Korrespondent „Gälao hoi" schreibt.

Der Verbindung Ko-lao-hwei gehören vornehmlich die Hunanleute an, die das Hauptkontingent für das Militär stellen und Neuerungen immer am wenigsten zugänglich waren. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat sich diese mächtige Partei der Hunanleute in Nanking nach dem Tode ihres Landsmannes, des Vizekönigs Liu-Kun-Yi, der endgiltigen Ernennung des zur Reform neigenden bekannten Chang-Chi-Tung zum Vizekönig von Nanking widersetzt. Jedenfalls wirkte das Edikt vom 6. Dezember 1902 überraschend, wodurch Wei-Kuang-Tao, ein von Liu empfohlner Hunanmann, zum Vizekönig von Nanking ernannt wurde.

Im übrigen ist der Zweck solcher chinesischen Geheimbünde dem größern Teil der Mitglieder ziemlich gleichgiltig. In Unkenntnis der persönlichen Freiheit — die chinesische Sprache kennt das Wort „Freiheit" überhaupt nicht — und daran gewöhnt, ihr persönliches Menschenrecht mit Füßen getreten zu sehen, sucht die Mehrzahl der Chinesen in solchen Vereinigungen nur Schutz und Existenzfristung. So arten diese Gesellschaften denn leicht zu Briganten- und Piratentum aus, denen sich mit Vorliebe entlassene Soldaten anschließen, die kein Handwerk erlernt haben und bei der Überzahl arbeitsfähiger Menschen ohne hinreichende Beschäftigung kein andres Mittel zum Lebensunterhalt finden. Stifter und Leiter solcher Gesellschaften sind dagegen größtenteils stellenlose Literaten, d. h. Gelehrte, die, stolz auf ihr Studium der alten Klassiker und Chinas alter Kultur, mit Verachtung und Hochmut auf jede ihren Verdienst schmälernde Neuerung und auf die „Fremden," als Träger der modernen Kultur, hinabsehen.

Aus solchen Persönlichkeiten setzt sich auch die Gesellschaft des Ältern Bruders, die Ko-lao-hwei zusammen, die der Korrespondent „Gälao hoi" nennt.

Seine Meldung zeigt recht deutlich, wie wünschenswert es für den deutschen Zeitungsleser ist, daß chinesische, in unsre Sprache übertragne Namen einheitlich geschrieben werden. Andernfalls kann ohne Hinzufügung chinesischer Charaktere leicht arge Verwirrung hervorgerufen werden.

Da aber die Kenntnis der chinesischen Sprache doch nur bei verhältnismäßig wenigen Zeitungslesern vorausgesetzt werden darf, so wird auch die Hinzufügung chinesischer Charaktere nur in Fachzeitschriften von Wert sein. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß man sich in unsern Tageszeitungen wenigstens der Schreibweise eines allgemein verbreiteten deutschen Konversationslexikons bedient.

von Reitzenstein

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Vom neunten internationalen Kongreß gegen den Alkoholismus in Bremen am 14. bis 19. April 1903. Veranstaltungen und Unternehmungen gegen den Alkohol sind unpopulär. In Prosa und in Poesie ist man gegen die „Bremer Übertreibungen" zu Felde gezogen.

Es gehört heute sicher noch ein Quantum persönlichen Muts dazu, sich zur Zahl der Alkoholgegner zu bekennen. Die manchenorts beklagten „Übertreibungen" wären nicht vorgekommen, wenn man nicht glaubte, gerade durch eine grelle Beleuchtung der Verhältnisse die Aufmerksamkeit auf das so überaus schwer zu bekämpfende und mannigfach komplizierte Übel des Alkoholismus zu lenken. Es handelt sich beim Alkoholismus um eine die Volkskraft in ihren Wurzeln bedrohende Erscheinung. Eine immer wichtigere Rolle spielen hygienische Forderungen, seitdem man in wachsendem Maße die Abhängigkeitsbedingungen der im Staats- und Wirtschaftsleben tätigen Menschen von ihrer Gesundheit, ihrem gesamten physischen und psychischen Zustand aufdeckt.

Diese Abhängigkeit tritt heute auch in ganz andrer Weise hervor, als jemals in frühern Zeiten, denn unser Leben stellt, wie Graf Posadowsky in der Eröffnungsrede des Kongresses richtig bemerkt hat, an die Genauigkeit und Pünktlichkeit, an die Dauer und Intensität unsrer Leistungen ganz andre Anforderungen als frühere Zeiten. Während sich unser Leben heute vorwiegend im Treiben der großen Städte und in ungesunder Stubenluft abspielt, ist es einseitiger geworden und nutzt mehr die geistigen als die physischen Kräfte ab. Professor Forel wies in seinem Referat „Der Mensch und die Narkose" gerade auf diese erhöhte Anstrengung des Gehirns beim heutigen Menschen hin. Andrerseits kann es nicht geleugnet werden, daß unsre Anregungen namentlich durch die Kunst verfeinerter und mannigfacher, durch den Sport gesunder, durch die zahlreich sich ergebenden geistigen Interessen vielseitiger geworden sind. Besonders dankenswert war in Anknüpfung an diesen Gedanken der vorzügliche Vortrag von Professor Behrens (Düsseldorf) über Alkohol und Kunst. Man kann mit Recht sagen, daß während heute einerseits der Alkoholgenuß schädigender, er andrerseits entbehrlicher geworden ist. Professor Bergmann (Stockholm) suchte in einer historischen Skizze nachzuweisen, daß früher das Trinken nicht so weit verbreitet und regelmäßig war wie heute, da die Produktionsmethode und der Verkehr in Verbindung mit der Reklame sehr viel mehr Trinkgelegenheit schaffen. Das trifft ganz besonders für die Bierproduktion zu. Der Präsident des Kongresses, Irrenanstaltsdirektor Dr. Delbrück, wies an einer eingehenden Statistik nach, daß gerade der Konsum des Biers, dessen Fabrikation mehr technische Fortschritte gemacht hat als die Branntweinerzeugung, in allen Ländern steigt, während der des Branntweins, sofern er nicht zunimmt, zumeist stationär geblieben ist. Bloß in den skandinavischen Ländern ist dank einer Monopolisierung des Branntweinhandels durch die Samlags (gemeinnützige Gesellschaften), das bekannte „Gotenburger System," der Branntweinverbrauch stark zurückgegangen. Trotzdem hat der Branntwein mit einer hohen Zahl am gesamten Alkoholkonsum Anteil; doch ist es bezeichnend, daß gerade die Länder, wo vorzugsweise Bier und Wein genossen werden, wie Bayern und Frankreich, trotz des geringern Anteils, den der Branntweinverbrauch einnimmt, einen weitaus höhern Alkoholkonsum für den Kopf der Bevölkerung aufweisen, als die Staaten mit verhältnismäßig hohem Branntweingenuß.

Dr. Keferstein (Göttingen) wies auf die Schädlichkeit des Biers hin, von dem zur Erreichung der gewünschten Narkose größere Mengen genossen werden, wobei zu der gewöhnlichen Alkoholschädigung noch die nachteilige Aufnahme großer Flüssigkeitsmengen, sowie die andrer schädlicher Bestandteile des Biers (Lupulin) treten. In einem Teile Böhmens erkrankt eine ebenso große Anzahl Menschen an Säuferwahnsinn durch das Biertrinken wie durch den Branntweingenuß, und in einer Trinkerheilanstalt Norddeutschlands zählte der Referent von 149 behandelten Kranken 41, die durch Schnaps, 30, die durch Wein, und 78, also mehr als

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Hälfte, die sich durch Bier ihr Leiden zugezogen hatten. Die spezifischen Wirkungen des Bieres sind somit nebensächlich gegenüber der Bedeutung, die dem Alkohol zukommt. Die Gefahren des Bierkonsums sind verschleierter, die des Branntweins offenbarer. Während das Branntweintrinken nicht gern allzu öffentlich betrieben wird, preist man das Biertrinken als nationale Tugend; am Biertrinken haftet zumeist die akademische Trinksitte, die Landrichter Popert (Hamburg) als das böse Beispiel, das die akademischen Kreise den andern geben, bezeichnete.

Die Gefahren des mittelmäßigen und regelmäßigen Alkoholgenusses zeigten die Referate von Dr. Ploetz (Berlin) und Dr. Rüdin (Berlin). Ihre Argumentation knüpfte an die Darwinschen Theorien vom Kampf ums Dasein und der Auslese der Tüchtigen an. Die prinzipiell übereinstimmenden Ausführungen der beiden Vortragenden über die komplizierten Zusammenhänge, die hier in Betracht kommen, lassen sich dahin zusammenfassen, daß alle, die zu Säufern werden, im großen und ganzen schon von vornherein als belastete Menschen zu betrachten sind, daß deren Nachkommenschaft gering zu sein pflegt und so eine Ausmerzung von selbst vor sich geht. Das mittelmäßige Trinken erzeugt dagegen nur leichte Schädigungen bei der Nachkommenschaft und vermindert, je verbreiteter es ist, umsomehr den durchschnittlichen Gesundheitszustand des Volks, die körperliche Widerstandsfähigkeit, die geistige Tatkraft, den Mut, die Erfindungsgabe, die Unternehmungslust, kurz die eigentliche kulturtragende und kulturschaffende Tätigkeit, die Gesamttüchtigkeit der Rasse.

Dr. Rüdin knüpfte an diese Aufstellungen die Forderung ärztlicher Erlaubnis vor Eingehung einer Ehe. Herr Smith (Niendorf) lenkte die Aufmerksamkeit darauf, daß dank den Hochzeitsgebräuchen erstgeborne Kinder oft an Defekten leiden.

Eine teilweise in leidenschaftliche Töne überschlagende Auseinandersetzung zwischen der mäßigen und der radikalen Gruppe der Alkoholgegner knüpfte sich an diese Referate, wobei sowohl Oberbürgermeister Struckmann (Hildesheim), Dr. Waldschmidt (Berlin) wie die Führer der Abstinenzbewegung Professor Forel (Morges) und Oberingenieur Asmussen (Hamburg) das Wort ergriffen. Bei diesen Debatten wurde in der Regel das Ergebnis wissenschaftlicher Forschung mit dem, was praktisch zu tun sei, vermengt. Feinheiten wissenschaftlicher Feststellung sind häufig gar nicht entscheidend für die bloß an gröbere Forschungsergebnisse anknüpfende praktische Tätigkeit. Die Komplikationen, die der Wissenschafter sieht, sind ganz andrer Art als die, die dem im Kampfe des Tages stehenden Agitator entgegentreten. Nicht mit Unrecht wurde von Asmussen der andern Gruppe zugerufen: Zeigt uns, wo der Alkohol wirklich nützt.

Gewiß müssen wir uns vor Übertreibungen hüten, und auch ich glaube, daß Übertreibungen nicht immer nützlich sind. Aber wenn es bloß wirklich „mäßige" Trinker gäbe, wäre auch eine Abstinenzbewegung nie möglich gewesen. Die Stellung des Einzelnen zu dieser Frage wird häufig vom Temperament, noch häufiger aber wohl von persönlichen Erlebnissen an sich oder an nahestehenden Personen und nicht zuletzt durch den Grad von Gemeinsinn, ja durch alles, was einer von der Zukunft erhofft und wünscht, bestimmt. Im allgemeinen kann man sagen, daß die „Abstinenten" mehr die Aufklärungsarbeit, die „Mäßigen" mehr die Beeinflussung der Gesetzgebung auf ihr Programm geschrieben haben. Bei der Bekämpfung des Alkoholismus reichen nicht, wie bei den Vorkehrungen gegen die Tuberkulose, sanitäre Bestimmungen, die Absonderung der Kranken usw. aus. Die bloße Versorgung der Trunksüchtigen und die sogenannte Trinkerrettung, wie auf der Versammlung der Vorstände der Trinkerheilanstalten an einem der Kongreßtage zugestanden wurde, reicht keineswegs zur Bekämpfung des Übels hin. Aber wenn auch die Staatsgewalt in weiterm Maße als bisher der Trunksucht vorbeugen will, bedarf sie der Zustimmung weitester Kreise. Solange die Kenntnis der Eigenschaften und die Einsicht in die Schädigungen des Alkohols mangeln, werden alle wohlgemeinten

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Versuche der Regierung mißverstanden und erfolglos bleiben. Dennoch dürfen auch solche Versuche heute nicht von der Hand gewiesen werden. Namentlich muß bei der Entmündigung der Trunksüchtigen, wie Professor Cramer (Göttingen) und Professor Endemann (Halle) ausführten, die Auffassung, daß es sich um eine Krankheit handelt, festgehalten werden.

Wichtiger noch ist das Eingreifen des Staats auf wirtschaftlichem Gebiet. Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß neben den Trinksitten die Trinkgelegenheiten die Hauptursachen des Alkoholismus sind. Beweis dessen ist die große Zahl von Alkoholikern in den Brauereigewerben, beim Weinhandel usw.

Wenn nach Dr. Helenius (Helsingfors) das deutsche Volk im Jahre drei Milliarden Mark, also drei- bis viermal soviel wie für Heer und Flotte zusammen, für alkoholische Getränke ausgibt, so ist die Frage am Platze, ob dieses Geld nutzbringend und ökonomisch verwertet wird. Der Staat, der die Interessen der Gesamtheit wahrt, hat nicht nur ein Interesse daran, daß ökonomisch mit dem Geldkapital, sondern noch mehr, daß auch wirtschaftlich mit dem Menschenkapital, dem kostbarsten Besitz, umgegangen wird. Was sollen wir aber sagen, wenn wir die Nachweise über die physiologischen und rasseschädigenden Eigenschaften des Alkohols hören? Wie die Wirtschaft die Qualität der Menschen beeinflußt, so ist es auch umgekehrt der Fall. Im Interesse der Volksgesamtheit müssen wir wachsende Nüchternheit fordern.

Die Zoll- und Steuerpolitik kann hier viel tun, dadurch, daß zum Beispiel die Zollsätze auf Südfrüchte, die bis zu vierzig Prozent des Werts der Ware betragen, herabgesetzt werden, damit ein billiger Massenkonsum von Obst ermöglicht wird. In ähnlicher Weise wäre Kakao, Schokolade, auch Kaffee und Tee zu begünstigen. Die Herstellung von Fruchtsäften, Mineralwasser, der Milchhandel, die Obstzucht, vor allem auch die technische und industrielle Verwertung des in der Landwirtschaft erzeugten Spiritus und die Erzeugung alkoholfreier Traubensäfte wäre zu unterstützen. Die Besteuerung der alkoholischen Getränke müßte aus volkshygienischen, nicht aus staatsfinanziellen Gründen vorgenommen werden. Graf Douglas betonte in zutreffender Weise, daß, wenn infolge verminderten Alkoholkonsums auch die Steuerleistung auf der einen Seite herabgedrückt würde, dennoch ein Ersatz in den Abgaben für Zoll, Post und Eisenbahnen, vor allem in der Einkommensteuer zu erwarten wäre. Jedenfalls ist die Gesundheit des Volks die Grundlage für seine Leistungsfähigkeit.

In den skandinavischen Staaten hat man die Trinkgelegenheit durch Monopolisierung des Handels mit Branntwein, wie Direktor Fitger (Gotenburg) und Herr Jensen (Bergen) darlegten, mit gutem Erfolge zu vermindern gesucht. Über ähnliche Versuche in England und die Bestrebungen des deutschen Vereins für Gasthausreform berichtete Freiherr von Diergardt (Mojawola). Ob dieser bis jetzt nur auf den Branntwein angewandte Versuch, wie man in Norwegen und Schweden beabsichtigt, auch für Bier und Wein angewandt werden kann, werden künftige Erfahrungen zeigen. Charakteristisch ist es jedenfalls, daß in den germanisch-protestantischen Ländern der Alkoholismus als Volksübel am tiefsten empfunden, und daß mit großem Gemeingeist in den skandinavischen Ländern, in England und in Amerika der Kampf gegen dieses Volksübel aufgenommen worden ist. In Amerika namentlich bewährt sich die beim Unterricht in der Hygiene gegebne Aufklärung über die Schädigungen durch den Alkohol, wie Mrs. Hunt (Boston) erzählte, vortrefflich.

Wenn die Bestrebungen der Alkoholgegner auch nur zu einigen Erfolgen führen sollen, so ist das nicht ohne gewisse wirtschaftliche Machtverschiebungen möglich. Gewisse Industrien und Handelszweige werden geschädigt, andre gefördert werden. Zweifellos ist die Entalkoholisierung der Volksmassen auch mit der Lösung sozialpolitischer Probleme, Wohnungs-, Ernährungsfrage u. dgl. verknüpft. Mit der wachsenden Einsicht in die Alkoholfrage und der steigenden Macht der alkohol-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

gegnerischen Organisationen werden sich auch die politischen Parteien, die bisher teilnahmlos der Alkoholfrage gegenüberstanden, mit ihr zu beschäftigen anfangen, wie das schon längst in Schweden geschehn ist, wo im Reichstag eine aus Angehörigen der verschiednen politischen Parteien zusammengesetzte Gruppe von 84 Alkoholgegnern wirkt.

Es gab Zeiten, in denen religiöse oder politische Fragen alles Interesse absorbierten; unsre Zeit steht wirtschaftlichen und hygienischen Erwägungen teilnehmend gegenüber. Neue Erkenntnisse und Erfahrungen harren ihrer praktischen Verwertung. Der Kongreß hat alles erreicht, wenn er weitesten Kreisen Veranlassung gegeben hat, der Alkoholfrage näherzutreten. R. Thurnwald

Die Bärte vor und nach dem Jahre 1848. Bis zum Jahre 1848 sah man bei dem Bürger, dem Beamten und namentlich bei dem Pfarrer überhaupt keinen Bart, es sei denn auf jeder Wange ein fingerlanges und fingerbreites Streifchen. Von Schnurrbart und gar von Knebelbart oder Vollbart war keine Rede. Manche Offiziere oder Unteroffiziere trugen wohl auch einen kleinen Schnurrbart und allenfalls auch unter der Unterlippe ein ganz kleines Haarbüschlein, die sogenannte Mücke (mouche), aber einen längern Schnurrbart trug nur der Husar. Viele höhere Offiziere, z. B. Moltke, trugen gar keinen Bart. Die Dienstvorschrift für die Barttracht bestimmte, daß der Backenbart und der Schnurrbart die Linie vom Mundwinkel bis zum Ohrläppchen nach unten nicht überschreiten durfte. So kam es, daß Herren mit starkem Bartwuchs, die ihren Bart dieser Regel entsprechend gezogen hatten, aussahen, als ob sie eine dunkle Binde unter der Nase über das Gesicht bis an die Ohren vorgebunden hätten.

Erst mit dem Jahre 1848 begann man, die Bartvorschrift weniger zu beachten. Selbstverständlich aber galt ein Mann, der sich darüber hinwegsetzte, als ein Mensch, der freisinnigen Richtungen huldigte, und wer gar einen Vollbart trug, war unbedingt ein Demokrat, ein Revolutionär. Der bekannte Hecker trug einen Vollbart, und danach nannte man einen Vollbart damals auch einen „Heckerbart." „Hecker, Struve, Zitz und Blum! Kommt und bringt die Preußen um!" war ein damals in Süddeutschland viel gesungner Reim.

Im Feldzug 1849 sah man schon im Militär auch Knebelbärte, d. h. Bärte, die das Kinn umfaßten. Sie schwanden aber nachher bald wieder, und erst mit dem Jahre 1866 wurde der Vollbart stillschweigend zugelassen. Der damalige Kronprinz, nachmalige Kaiser Friedrich der Dritte, ging voran und wirkte auch darauf hin, daß der Vollbart nach dem Feldzug erlaubt blieb. Selbstverständlich war der Krieg 1870/71 dem Vollbart günstig, und die Sitte blieb auch nachher bestehn. Doch haben in neuerer Zeit die Vollbärte im Heere wieder abgenommen, und nur die Schnurrbärte sind geblieben und allenfalls die Backenbärte mit ausrasiertem Kinn. Im Zivil dagegen herrscht heutzutage völlige Freiheit, und namentlich die evangelischen Geistlichen tragen heutzutage, sofern sie über hinreichenden Bartwuchs verfügen, gewöhnlich den Vollbart. C. v. H.